

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- Themenabend „Die wirtschaftliche Lage in der EU“ in der Vertretung der Europaregion Tirol 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- Energie: EU investiert 263 Mio. EUR in die Energieinfrastruktur 3
- Kapitalmarktunion: Mehr Investitionen in Risikokapital und soziale Unternehmen 3
- Kommission erweitert Kartellverfahren gegen Google 4
- Kommission will Reform für EU-Asylpolitik vollenden 4
- Kommission kämpft für Aufhebung der Visumspflicht für alle EU-BürgerInnen in den USA und Kanada 5
- Invasive Arten: Kommission verabschiedet EU-Liste mit 37 Arten, die es zu bekämpfen gilt 5

##### Europäisches Parlament

- Waffenkontrolle: Abgeordnete stellen Regeln für Erwerb und Sicherheit auf 6

##### Rat der Europäischen Union

- Steuervermeidung durch Unternehmen: Neue Vorschriften angenommen 7

##### Europäischer Rat

- EU und Monaco unterzeichnen Abkommen über den automatischen Austausch von Steuerdaten 8

##### Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 9

##### Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

##### Tagesordnungen der Institutionen

##### Impressum und Abbildungsverzeichnis

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel  
Rue de Pascale 45  
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Themenabend „Die wirtschaftliche Lage in der EU“ in der Vertretung der Europaregion Tirol

Am Montag, den 18.07.2016, fand der Themenabend „Die wirtschaftliche Lage der EU – Standortpolitik am Beispiel Tyrolit“ in der Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino statt. In Zusammenarbeit mit Bundesminister Andrä Rupprechter entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, die von Richard Seeber, Leiter des Tirol-Büros, zum Wirtschaftsstandort Tirol und Österreich geleitet wurde. Weitere Referenten waren CEO Christoph Gerin-Swarovski und Generaldirektor Markus Beyrer von Business Europe.

Bei allen drei Vorträgen der Referenten stand die Erhaltung der europäischen Standortpolitik im Mittelpunkt. Außerdem wurden auf verschiedenste aktuelle Geschehnisse im Rahmen des Themenabends eingegangen. Die Auswirkung eines möglichen Brexits auf den Standort Österreich und Tirol wurde vorgebracht, da mit Großbritannien ein bedeutender Nettozahler für den EU-Haushalt, vor allem für die Landwirtschaft, wegfallen würde. Aus diesem Grund dürfe man die Folgewirkungen nicht unterschätzen.

Weiters wurde das Abkommen in der UNO-Klimakonferenz in Paris in Bezug auf die Wirtschaft erörtert, da der Klimawandel als größte aktuelle Herausforderung gilt. Österreich handelte schnell und war das 3. EU-Land, das das Abkommen ratifizierte. Dieses Klima-Abkommen umfasste erstmals auch große Emittenten und Schwellenländer, die nicht Teil des vorangegangenen Kyoto-Protokolls waren. Allerdings gelten für große Emittenten, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten, nicht die gleichen Verpflichtungen, wie für EU-Länder.

Auch internationale Handelsabkommen wie CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada), und TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA) wurden intensiv diskutiert. Letzteres würde im Falle einer Einigung große und umstrittene Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich und Tirol haben.

Überdies wurde auch über das Unternehmen Swarovski, mit Standort in Wattens, Tirol, referiert. Mit 2,6 Milliarden Euro Umsatz zählt es zu Österreichs bekanntesten und umsatzstärksten Unternehmen. Als Unternehmen mit globalem Vertrieb hat es jedoch auch noch weitere Produktionsstätten in Asien. Trotzdem behält das Unternehmen sowohl Hauptproduktionsstätte als auch seinen Firmensitz in Tirol. Aus Sicht von Swarovski sollten bestehende Unternehmen so gefördert werden, dass Arbeitsplätze am Standort erhalten werden.

Außerdem bekam das Publikum die Gelegenheit, Fragen zu stellen und sich so an der dynamischen Diskussion zu beteiligen, die vor allem vom Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich bestimmt wurde. Im Anschluss an die rege Diskussion ließ man den Abend bei weiterführenden Gesprächen im kleineren Kreise ausklingen.





# Europäische Kommission

## Energie: EU investiert 263 Mio. EUR in die Energieinfrastruktur

**Die EU-Mitgliedsstaaten stimmten am Freitag, den 15. Juli 2016, einem Vorschlag der Kommission zu, der vorsieht, 263 Millionen Euro in Projekte im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur zu investieren.**

Während der größte Teil der 263 Millionen Euro dem Bau von Erdgasinfrastrukturen im Ostseeraum zugutekommen wird, soll auch der Stromsektor im restlichen Europa davon profitieren. Aufgrund der Ergebnisse von eingereichten Vorschlägen im Rahmen des EU-Finanzierungsprogrammes „Connecting Europe“ (CEF), wurden neun Projekte in den oben angeführten Bereichen ausgewählt.

Fünf Projekte der ausgewählten Vorschläge betreffen den Gassektor, dem 210 Millionen Euro an EU-Förderungen zur Verfügung gestellt werden. Weitere vier Projekte widmen sich dem Stromsektor der 53 Millionen Euro an Mitteln erhalten wird. Drei Projekte betreffen Bautätigkeiten und sechs Studien, die mit je 236 Millionen Euro und 27 Millionen Euro unterstützt

werden.

Damit ein Vorschlag für eine Förderung in Betracht kommt, muss er sich auf ein Projekt beziehen, das in die Liste der „Vorhaben von gemeinsamem Interesse“ aufgenommen wurde. Auf der Liste stehen derzeit 195 Energieinfrastrukturprojekte.

Das EU-Finanzierungsprogramm „Connecting Europe“ sieht vor, dass im Zeitraum 2014-2020 Mittel in Höhe von 5,35 Milliarden Euro für Projekte im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur aufgewandt werden.

2015 wurden 35 Projekte mit 366 Millionen Euro gefördert.

[Mehr Informationen](#)

## Kapitalmarktunion: Mehr Investitionen in Risikokapital und soziale Unternehmen

**Die Kommission hat am Donnerstag, den 14. Juli 2016, einen Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnungen über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF) vorgelegt und somit den nächsten Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer Kapitalmarktunion gemacht.**

Bereits im Jahr 2013 wurde ein Rechtsrahmen für die beiden Fondstypen geschaffen, der Investments in nichtbörsennotierte KMU erleichtert sollte. Beide Verordnungen wurden am 17. April 2013 erlassen und traten am 22. Juli 2013 in Kraft.

Mit der Änderung der Verordnungen sollen beide Fonds attraktiver gemacht und Investitionen in Risikokapital und soziale Projekte stimuliert werden. Dies soll unter anderem durch die Ausweitung des Kreises an potentiellen Fondsmanagern und der Unternehmen, in die investiert werden kann, ermöglicht werden. Weiters soll dies auch durch vereinfachte und günstigere grenzüberschreitende Vermarktung

von EUVECA- und EuSEF-Fonds erreicht werden.

Der Vorschlag ist eine von zahlreichen Maßnahmen im Rahmen der Kapitalmarktunion. Ziel ist es, den Zugang zu kapitalmarktbasierter Finanzierung für KMUs zu verbessern. Gleichzeitig ist aber auch wichtig, entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kreditvergabe durch Banken erleichtert wird.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Kommission erweitert Kartellverfahren gegen Google

**Die Europäische Kommission hat am Donnerstag, den 14. Juli 2016, weitere Untersuchungen zu den Werbepraktiken von Google, die gegen EU-Recht verstoßen könnten, unternommen und geht somit mit einer formellen Beschwerde gegen das Unternehmen vor.**

Im Zentrum der Ermittlungen steht der Vorwurf, dass Google Suchergebnisse manipuliert, um seine eigenen Dienste zu bevorzugen. Zu den Beschwerdeführern gehören europäische Medienkonzerne und Firmen wie etwa TripAdvisor oder Expedia. Google bevorzuge seine Preisvergleichsportale gegenüber der Konkurrenz und behindere somit den Wettbewerb, indem es die Möglichkeiten Dritter, auf ihren Websites Suchmaschinenwerbung von Wettbewerbern Googles anzuzeigen, künstlich beschränkt.

Die Kommission hat Google nun zwei Mitteilungen übermittelt, in der sie Beschwerden, dass das Unternehmen gegen

EU-Kartellrecht verstößt, vorbringt. Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verbietet die missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung, die den Handel beeinträchtigen, und den Wettbewerb verhindern oder einschränken kann.

Die Länge eines Verfahrens bezüglich des Kartellrechts unterliegt keiner genauen Frist, sondern hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie zum Beispiel von der Komplexität der Angelegenheit und der Bereitschaft des betroffenen Unternehmens, mit der Kommission zu kooperieren.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission will Reform für EU-Asylpolitik vollenden

**Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, den 13. Juli 2016, den letzten Teil ihrer Vorschläge für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgelegt. Dazu zählen gestraffte Asylverfahren, gemeinsame Normen zum Schutz der Rechte von Schutzbedürftigen und die weitere Angleichung der Aufnahmebedingungen in der EU. Ziel sei es, ein gemeinsames Asylsystem zu schaffen, das auch in Zeiten, die von hohem Migrationsdruck geprägt sind, wie es zurzeit der Fall ist, funktioniert.**

Da die EU-Rechtlinien nur die Endergebnisse vorgeben, die von Mitgliedsstaaten erreicht werden müssen, jedoch die Art der Umsetzung den Mitgliedsstaaten überlassen ist, kam es innerhalb der Mitgliedsstaaten zu divergierenden Standards. Die Kommission schlägt dazu vor, die Asylverfahrensrichtlinie durch eine Verordnung zu ersetzen, mit der ein völlig vereinheitlichtes gemeinsames EU-Verfahren zur Beurteilung von Anträgen auf internationalen Schutz eingeführt werden soll, da sie direkt bindende Rechtsgültigkeit besitzt.

Weiters soll ein Rahmen für Neuansiedlungen legale Migrationswege in die EU verbessern. Um die Schutznormen in der EU zu

harmonisieren und Sekundärbewegungen sowie das Asylshopping einzudämmen, schlägt die Kommission außerdem vor, die bestehende Anerkennungsrichtlinie durch eine neue Verordnung zu ersetzen.

Im Reformpaket vom 04. Mai 2016 befanden sich Vorschläge zur Stärkung eines fairen Dublin-Systems, Eurodac-Systems und zur Errichtung einer Europäischen Asylagentur. In der Vergangenheit überstrapazierte das aktuelle Dublin-System Mitgliedsstaaten wie Italien oder Griechenland aufgrund ihrer geographischen Lage.

[Mehr Informationen](#)





# Europäische Kommission

## Kommission kämpft für Aufhebung der Visumpflicht für alle EU-BürgerInnen in den USA und Kanada

Am Mittwoch, den 13. Juli 2016, hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zum Stand der Gegenseitigkeit im Visumbereich in Bezug auf Kanada und die USA angenommen. Trotz intensiver Bemühungen besteht für BürgerInnen bestimmter EU-Mitgliedstaaten noch immer eine Visumpflicht, wenn sie in die USA oder nach Kanada reisen wollen. Umgekehrt können Staatsangehörige aus den beiden Ländern ohne Visum in die EU einreisen.

Die Gegenseitigkeit bei der Befreiung von der Visumpflicht ist eines der Grundprinzipien der gemeinsamen Visumpolitik der EU. Zur Unterstützung dieser Bemühungen wurde ein Gegenseitigkeitsmechanismus auf dem Gebiet der Visumpolitik eingerichtet.

Deswegen überprüfte die Kommission im April 2016 die Möglichkeit einer Aussetzung der Visumsfreiheit mit Kanada und den USA, verfolgte dies jedoch nicht, da dies zu negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft führen hätte können.

Gegenwärtig gilt in Kanada noch Visumpflicht für die Staatsangehörigen Bulgariens und Rumäniens und in den USA für die Staatsangehörigen Bulgariens, Kroatiens, Polens, Rumäniens und Zyperns.

[Mehr Informationen](#)

## Invasive Arten: Kommission verabschiedet EU-Liste mit 37 Arten, die es zu bekämpfen gilt

Die Europäische Kommission nahm am Mittwoch, den 13. Juli 2016, eine EU-Liste invasiver gebietsfremder Arten an, die in Europa bekämpft werden sollen und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten erstellt wurde. Diese 37 Tier- und Pflanzenarten bedrohen die europäische Artenvielfalt und Biodiversität, in dem sie einheimische Arten verdrängen.

Die erstellte Liste ergänzt eine EU-Verordnung, die 2014 erlassen wurde. Diese beschränkt Haltung, Import, Verkauf und Zucht von Arten, die eigentlich von anderen Kontinenten stammen und sich in Europa ausgebreitet haben. EU-Mitgliedsstaaten sollen frühzeitig gegen die aufgelisteten fremden Arten vorgehen und verhindern dass letztere gehalten, verkauft oder weitertransportiert werden.

Die EU begründet die Verabschiedung der Liste mit einem Rückgang der Artenvielfalt in Europa sowie wirtschaftlichen Verlusten als Folgeerscheinung der ansässigen fremden Arten. Da durch diese 37 Arten Ernten und der Boden geschädigt werden können,

sollen sie laut EU-Umweltkommissar Karmenu Vella unter Kontrolle gebracht werden.

Schätzungen zufolge gibt es über 12 000 gebietsfremde Arten in Europa, von denen rund 10 bis 15 Prozent als invasiv gelten. Beispiele wären unter anderem der asiatische Knöterich (*Persicaria perfoliata*), das Fuchshörnchen (*Sciurus niger*) oder der Rote Amerikanische Sumpfkrebs (*Procambarus clarkii*).

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Europäisches Parlament

## Waffenkontrolle: Abgeordnete stellen Regeln für Erwerb und Sicherheit auf

Die Mehrheit der Abgeordneten des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz haben am Donnerstag, den 14. Juli 2016, für eine Überarbeitung der Richtlinie, die als Feuerwaffenrichtlinie bekannt ist, über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Waffen gestimmt. Die Europäische Kommission hatte den Vorschlag nach den Anschlägen in Paris am 13. November 2015 vorgelegt.

Die Richtlinie regelt im Detail die Rückverfolgbarkeit von Feuerwaffen, Maßnahmen zu ihrer De- und Reaktivierung, striktere Regeln zum Erwerb der gefährlichsten Feuerwaffen, ein Verbot für bestimmte halbautomatische Waffen, sowie einen Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten. Unter anderem soll der Online-Handel von Waffen besser reguliert werden.

Nicht nur Schusswaffen, sondern auch ihre „wesentlichen Bestandteile“ wie Verschluss, Lauf oder Schlagbolzen sollen fortan mit Seriennummern versehen und registriert werden. Dies gilt auch für bereits verkaufte Waffen. Geplant sind aber längere Übergangsfristen, um den EigentümerInnen dafür genug Zeit zu geben.

Im Gegensatz zur Kommission, welche die Gültigkeit von Waffenscheinen generell auf fünf Jahre begrenzen wollte, soll dies auch künftig im Ermessen der EU-Staaten liegen. Das gilt auch für die geplanten gesetzlichen Auflagen für Sammler. So wird der Besitz von

historischen Waffen auch weiterhin möglich sein. Für Jäger und Sportschützen werden ebenfalls keine einschneidenden Veränderungen erwartet: Die Ausnahmen sollen weiterhin bestehen bleiben, lediglich bei halbautomatischen Waffen und Magazinen wird die Schusszahl – je nach Waffenlänge – auf max. 20 Schuss beschränkt. Dies ist ein Zugeständnis an Jäger und Sportschützen, die gegen ein generelles Verbot eingetreten waren.

Der Binnenmarktausschuss bewilligte die Entschließung mit 27 zu 10 Stimmen, bei einer Enthaltung. Die Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission würden voraussichtlich im September beginnen und sollten bis Jahresende abgeschlossen sein. Erst dann wird das Gesetz tatsächlich in Kraft treten.

[Mehr Informationen](#)



[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Rat der Europäischen Union

## Steuervermeidung durch Unternehmen: Neue Vorschriften angenommen

**Der Rat hat am Dienstag, den 12. Juli 2016, neue Vorschriften zur Bekämpfung häufig verwendeter Praktiken großer Unternehmen zur Verringerung ihrer Steuerschuld angenommen. Er möchte so die Verschiebung von Gewinnen zur Steuervermeidung von international tätigen Konzernen erschweren.**

Viele Unternehmen, zumeist multinationale Konzerne, nutzen den Unterschied zwischen nationalen Steuersystemen innerhalb der Europäischen Union, um ihre Steuerbelastung zu verringern. Viele KMUs und andere SteuerzahlerInnen fühlen sich benachteiligt, da große multinationale Unternehmen durch die Verschiebung von Gewinnen nicht den akkuraten Betrag an Steuern entrichten. Durch diese Handlungen werden der Steuerwettbewerb im EU-Binnenmarkt verzerrt.

Die Kommission legte im Jänner 2016 ein Paket vor, das Vorschläge zur Bekämpfung von Steuervermeidung durch Unternehmen

enthält. Die Richtlinie vom 12. Juli 2016 ist Teil dieses Pakets, das sich auf OECD-Empfehlungen des Jahres 2015 stützt. Sie gilt auch für Steuerpflichtige, die in einem Mitgliedsstaat der Körperschaftssteuer unterliegen, unter anderem auch für Tochterfirmen von Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU.

Die Richtlinie muss bis zum 31. Dezember 2018 von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden.

[Mehr Informationen](#)



# Europäischer Rat

## EU und Monaco unterzeichnen Abkommen über den automatischen Austausch von Steuerdaten

Am Dienstag, den 12. Juli 2016, haben die Europäische Union und Monaco ein Abkommen zur Steuertransparenz unterzeichnet, mit dem die Einhaltung der Steuervorschriften durch private SparerInnen verbessert werden soll.

Im Rahmen dieses Abkommens erhält das Fürstentum Monaco Zugang zu den Bankinformationen von in der EU lebenden MonegassInnen. Im Gegenzug dürfen die Mitgliedsstaaten auf Steuerdaten von EU-BürgerInnen in Monaco zugreifen, einschließlich Namen, Adressen, Steuernummern und anderen relevanten Informationen. EU-Mitgliedsstaaten und Monaco verpflichten sich so zum automatischen Informationsaustausch.

Ein Abkommen von 2004, durch das sichergestellt wurde, dass Monaco Regelungen anwendet, die den in einer EU-Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen

gleichwertig sind, wird somit aktualisiert.

Da in Monaco keine Einkommenssteuern erhoben werden, gilt es für viele EuropäerInnen als Steueroase. In Zukunft sollen Steuerpflichtige ihr Vermögen durch Verlagerungen in ein anderes Land nicht mehr verbergen können.

Ähnliche Abkommen gibt es seit 2015 mit der Schweiz, Liechtenstein und San Marino. Im Februar dieses Jahres unterzeichnete die EU einen weiteren Deal mit Andorra.

Das Abkommen muss jetzt noch von der EU und Monaco ratifiziert werden, damit es in Kraft treten kann.

[Mehr Informationen](#)







# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Erstellung der jährlichen Prioritätenlisten für die Ausarbeitung von Netzkodizes und Leitlinien für 2017 und darüber hinaus](#) 18.07.2016 – 14.10.2016

[Beurteilung der EU-Zusammenarbeit in der Jugendpolitik - öffentliche Konsultation](#) 18.07.2016 – 16.10.2016

[Öffentliche Konsultation zu den Maßnahmen im Rahmen des Programms „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ für den Zeitraum 2007–2013](#) 14.07.2016 – 13.10.2016

[Überarbeitung der Richtlinie 2004/52/EG und der Entscheidung 2009/750/EG über den europäischen elektronischen Mautdienst](#) 08.07.2016 – 02.10.2016

[Öffentliche Konsultation zu den gemeinsamen Programmen EMFP und EMPIR für Metrologieforschung](#) 01.07.2016 – 07.10.2016

[Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt für Waren – Durchsetzung und Einhaltung](#) 01.07.2016 – 31.10.2016

[Öffentliche Konsultation zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung bestimmter Aspekte der Richtlinie über Altfahrzeuge, unter besonderer Berücksichtigung von Altfahrzeugen mit unbekanntem Verbleib](#) 29.06.2016 – 21.09.2016

[Öffentliche Konsultation zur Initiative der Europäischen Union zu kooperativen intelligenten Verkehrssystemen](#) 24.06.2016 – 16.09.2016

[Halbzeitbewertung des LIFE-Programms](#) 17.06.2016 – 09.09.2016

[Konsultation zu den Fangmöglichkeiten für 2017 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#) 15.06.2016 – 01.09.2016

[Überarbeitung der Verordnung \(EG\) Nr. 1071/2009 über die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers sowie der Verordnung \(EG\) Nr. 1072/2009 über den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs](#) 15.06.2016 – 15.09.2016

[Evaluierung der Richtlinie über Finanzkonglomerate](#) 09.06.2016 – 20.09.2016

[Öffentliche Konsultation zu einer eventuellen Aktualisierung der Handelsbestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile](#) 09.06.2016 – 31.08.2016

[Öffentliche Konsultation zur Sicherheit von Apps und anderer nicht eingebetteter Software, die nicht unter sektorale Rechtsvorschriften \(etwa für Medizinprodukte oder Funkanlagen\) fällt](#) 09.06.2016 – 15.09.2016

[Ex-post-Evaluierung der Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum](#) 07.06.2016 – 04.09.2016



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Gesundheit und Verbraucher

Medizin, Forschung	<a href="#">INNOVATIVE MEDICINE INITIATIVE *</a>	26/07/ € 2016 117.656. 000
Forschung, Atemwegsinfektionen, Antibiotika, Nachhaltigkeit	<a href="#">Horizon Prize – Better use of Antibiotics*</a>	17/08/ € 2016 1.000.00 0
Kindersterblichkeit, Mutterschaftssterblichkeit, Geburt	<a href="#">Horizon Prize - Birth Day</a>	06/09/ € 2016 1.000.00 0
Medizin, Forschung, Datenerfassung	<a href="#">CALL: H2020-JTI-IMI2-2015-07-TWO-STAGE</a>	06/09/ € 2016 93.604.0 00
Medizin, Forschung, Prävention, Ebola, Hämorrhagisches Fieber	<a href="#">Ebola and other filoviral haemorrhagic fevers (Ebola+) programme: future outbreaks</a>	15/09/ € 2016 - 70.000.0 16/03/00 2017 - 14/09/ 2016 - 15/03/ 2018
Medizin, Forschung	<a href="#">PERSONALISED MEDICINE</a>	€ 04/10/ 620.260. 2016 - 000 11/04/ 2017 - 31/01/ 2017 - 14/03/ 2017

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)
[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

## Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Alena Huss, BA

---

### Abbildungsverzeichnis

<https://www.jagdverband.de/content/mit-b%C3%BCrokratie-gegen-terrorismus>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Monaco>